

Stellungnahme zum Thema „Konfessionsgebundene Grundschulen in Neuss“

Bekenntnisschulen sind pädagogisch unverzichtbar, weil sie zu den Bildungseinrichtungen gehören, die den ganzen Menschen ernst nehmen, die Frage nach dem gerechten Handeln und dem gelingenden Leben wach halten und Antworten geben. Ohne katholische Schulen vergisst unsere Gesellschaft das, was sie dringend benötigt: Alternativen und ein Wissen darum, dass das Leben nicht nur bewältigt werden muss, sondern gelingen soll. Wenn die Kirche als Institution will, dass ihre Aufklärung des Menschen über sich selbst gekannt und geachtet wird, dann muss es Orte geben, an denen diese Aufklärung authentisch repräsentiert wird. Dann muss es Menschen geben, die aus der Perspektive des Glaubens die Welt betrachten – auch die Welt der Bildung.

Wenn Kirche weiterhin Zukunft haben soll, dann kann diese Zukunft den Kindern nicht nur im Religionsunterricht gelehrt werden, sondern sie muss mit ihnen ganzheitlich gelebt werden. Dann muss die Kirche intensiv Sorge dafür tragen, dass sie die nachwachsenden Generationen mit in ihre gelebte Tradition hinein nimmt und Sorge dafür tragen, dass die nachwachsende Generation nicht für die Glaubensgemeinschaft wieder gewonnen werden muss, sondern dass sie diese Glaubensgemeinschaft als ihre Heimat nicht verlassen hat.

Katholische Schulen haben nach dem Sinn ganz praktische Folgen: möglichst kompetent, wertbewusstes und sinnbezogenes Handeln im Alltag. Sie sollten eine eigene, klar erkennbare Position vertreten, und zwar selbstbewusst und öffentlich.

1. Wir anerkennen ausdrücklich die erfolgreiche Arbeit der Bekenntnisschulen in Neuss und deren wichtigen Beitrag in der werteorientierten Bildung und Erziehung.
2. Wir sprechen uns für den Erhalt der vorhandenen katholischen und evangelischen Bekenntnisschulen aus.
3. Wir sind für eine Profilbildung der Bekenntnisschulen in Zusammenarbeit mit den örtlichen Kirchengemeinden
4. Wir betonen ausdrücklich, dass die rechtlichen Grundlagen für den Erhalt und die Fortführung der Bekenntnisschulen beachtet werden müssen und keine Interpretationsspielräume zu Lasten einzelner Schulformen geschaffen werden.
5. Wir lehnen eine Diskriminierung anderer Religionen in der jeweils konfessionsgebundenen Schule durch die Vorgaben von Prioritäten bei den Wartenlisten ab. Hierzu gibt es keine gesetzliche Grundlage.
6. Wir unterstützen die Kirchen in ihrem Anliegen, die vorhandenen Gemeinschaftsgrundschulen mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu unterstützen (Seelsorgestunde, Kontaktstunde, Schulgottesdienste).

7. Der Elternwille bei der Entscheidung über die konfessionsgebundene Grundschule ist zu respektieren. Wir empfehlen, im Lichte der Argumente eine wohl abgewogene Entscheidung zu treffen.
8. Die gesetzlichen Vorgaben sind zu präzisieren, um bei der Abstimmung zu einer Umwandlung die tatsächlich Betroffenen an der Entscheidung teilhaben zu lassen (z.B. die Eltern von Kindern, die vor der Einschulung stehen)
9. Im Rahmen des Schulentwicklungsplan soll sichergestellt werden, dass auch in der Neusser Innenstadt mindestens eine katholische und evangelische Bekenntnisschule als Angebotsschule erhalten bleibt.
10. Wir erwarten die seit langem angemahnte Erstellung eines Schulentwicklungsplanes für Neuss.

Teilnehmer des Gesprächs am 22.2.2005:

Pfarrer J. Koenig (stellv. Kreisdechant), M. Schmitz (Kath. Schulreferat), C. Hüsich (CDU-Vorsitzender), J. Geerlings (stv. CDU-Vorsitzender), K. Kaster (CDU-Schriftführer), Dr. H.J. Baaken (CDU-Schatzmeister), H. Cöllen (CDU-stv. Schatzmeister), Th. Nickel (Vorsitzender Diozösanrat)